

Haushaltsrede FDP zum Haushaltsentwurf 2017

Redner: Stefan Feiter

Sperrfrist: 20.12.2016, 18:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Viersen ist eine Stadt, die Aufgrund ihres Defizits ein Haushalts sicherungskonzept erstellen muss. Perspektivisch möchte der Kämmerer 2021, 2022 einen ausgeglichen Haushalt präsentieren.

Und das, obwohl wir nach unserer Meinung nur vordergründig so tun als ob wir sparen!

Regelmäßig, aber trotzdem nur vier bis fünf Mal im Jahr trifft sich der Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung. Hier sollten eigentlich die Themen angesprochen, diskutiert und entschieden werden, die die städtischen Finanzen auf Dauer konsolidieren, sprich die Höhe der Ausgaben der Höhe der Einnahmen anpassen, sollen. Jetzt kommen schon wieder die Argumente, es wurde doch schon so viel gespart, der Haushalt ist ausgequetscht, das Personal ist überlastet und der/die Einzelne kann nicht mehr leisten. Diesen Gegenargumenten kann man viel abgewinnen, aber Ausgaben reduzieren heißt auch, dass man Ausgaben, sprich Aufgaben der Verwaltung auf ihr dringend notwendiges Maß reduziert. Ich rede hier nicht von der reflexartigen Streichung des Kultur- oder Sportangebotes in der Stadt. Aber es hat die Mehrheit im Rat fertig gebracht, die Spielplätze, die von der Verwaltung aufgrund ihrer geringen Nutzungsfrequenz als abbaubar definiert wurden, nicht aufzugeben! Nein, die Mehrheit hat fast alle Plätze erhalten und sogar zusätzliches Geld in die Unterhaltung gesteckt. Gespart haben wir damit nicht!

In der Juni-Sitzung des Arbeitskreises berichtet der Kämmerer von der Initiative in der Verwaltung mit Aufgabenkritik 500.000 € einzusparen. In der September-Sitzung des Arbeitskreises berichtet die Verwaltung, dass es sich bei der Aufgabenkritik um einen ständigen Prozess handelt. Man habe jetzt, sprich September, eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe gebildet. Wir fragen uns, wurde zwischen Juni und September an dem Wunsch zu konsolidieren nicht gearbeitet? Es wurde auch angekündigt, dass in den kommenden Sitzungen des Arbeitskreises Zwischenberichte gegeben werden sollen. In der Novembersitzung (22.11.2016) wurde kein Bericht gegeben. Jetzt ist das Jahr rum und gespart wurden wie viel Euro?

Aber die Politik ist ja auch nicht besser! Im Stellenplan für 2017 sind insg. 16,5 zusätzliche Stellen zum Bestand 2016 von der Verwaltung vorgesehen. Das halten wir für eine gute und hohe Zahl. Für uns ist die Einschätzung der Verwaltung, wie viel neue zusätzliche Stellen sie benötigt, glaubwürdig. Bei der Abwägung, welche Stellen zusätzlich in den Stellenplan aufgenommen werden sollen, hat die Verwaltung geprüft, was dringend nötig und was nicht oder noch nicht nötig ist. Nunmehr gibt es Anträge der Fraktionen CDU, Die Linke und die Grünen, die zusätzliche Stellen haben wollen. Die Verwaltung ist inhaltlich auf die Notwendigkeit für jede weitere Stelle eingegangen. Inhaltlich konnten wir teilweise der Einschätzung der Verwaltung folgen, aber beim Radverkehrsbeauftragte/n nicht! Haben wir wirklich keine anderen, dringendere Sorgen? Da der Begriff des Radverkehrsbeauftragte/n nicht so passen würde, wurde die Stelle kurzer Hand in eine Stelle für einen „Nahmobilitätsmanager/in“ umbenannt. Auch mit dieser Namensänderung erschließt sich uns nicht die Notwendigkeit, die Stelle zusätzlich einzurichten. Die zusätzlichen Personalkosten für so eine Stelle werden sich um die 45.000 € pro Jahr bewegen! Dann muss der/die Stelleninhaber/in auch ein Büro haben. Z.Zt. herrscht Mangel an Büroraum in der Verwaltung. Hier ist sie unterwegs und mietet auf dem Immobilienmarkt Büroräume an! Was kostet das alles zusätzlich? Können wir uns das heute leisten? Wir sagen nein!

Meine Damen und Herren,

nun komme ich – wie in jedem Jahr - zu dem leidigen Thema Steuererhöhungen! Auch in diesem Jahr hat der Kämmerer versucht, Steuererhöhungen als Konsolidierungswerkzeug durchzusetzen!

Auch wie in den letzten Jahren hat und wird die FDP keinen Steuererhöhungen der Grundsteuer A + B oder der Gewerbesteuer zustimmen!

Warum sollten wir auch? Die Bürgerinnen und Bürger sind durch die ständig steigenden Lebenshaltungskosten schon übermäßig belastet. Gerade die Grundsteuer B wird über die Nebenkostenabrechnung auch an die Bevölkerungsgruppen durchgereicht, die jeden Euro und Cent umdrehen müssen [Neu: Kostendruck auch für Stadt, da die Steigerung die kalten Nebenkosten in den Kosten der Unterbringung (KdU) nach SGB XII erhöht!]. Ja, es ist richtig, dass die Hebesätze seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr erhöht wurden. Aber nur weil etwas schon lange unverändert ist, ist damit eine Steuererhöhung nicht zu begründen und somit halten wir als FDP Steuererhöhungen für nicht statthaft.

Abschließend möchte ich feststellen, dass wir nicht (mehr) erkennen können, dass ein stringenter Konsolidierungswille, sprich Sparwillen bei den anderen Fraktionen und in der Verwaltung vorhanden ist. Wir haben in den letzten Jahren immer mit unserer sachbezogenen Finanzpolitik und somit mit einer den jeweiligen wirtschaftlichen

Gegebenheit begründeten Zustimmung zu den Haushaltsplanentwürfen die Arbeit der Verwaltung gewürdigt und unterstützen wollen. Dies ist aber dieses Jahr anders! Wir werden dem Haushaltsentwurf für 2017 nicht zustimmen. Wir hoffen, dies führt zu einer Erkenntnis in der Verwaltung und damit zu einem stringenteren Wollen in den Anstrengungen zur Konsolidierung des Haushalts der Stadt Viersen, um gemeinsam mit der Politik einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

So, zum Schluss möchten wir unseren herzlichen Dank an die Damen und Herren der Verwaltung und hier ganz speziell der Kämmerei für Ihre Unterstützung in den Haushaltsberatungen aussprechen.

Vielen Dank.